



Demografie erhöht den Finanzierungsdruck Rentenbeiträge steigen schneller als erwartet

Ute Pappelbaum

Die gesetzliche Rentenversicherung könnte schneller teurer werden als bislang angenommen. Nach Informationen der Bild-Zeitung, die sich auf interne Projektionen der Deutschen Rentenversicherung stützt, wird für 2028 inzwischen ein Beitragssatz von 19,9 Prozent kalkuliert. Bisherige Prognosen waren von 19,8 Prozent ausgegangen. Gleichzeitig plant Bundesfinanzminister Lars Klingbeil Einschnitte beim Bundeszuschuss zur Rentenkasse. Damit treffen demografischer Druck und fiskalische Konsolidierung aufeinander.

Die Rentenversicherung kalkuliert mit höheren Beitragssätzen

Der aktuelle Beitragssatz liegt bei 18,6 Prozent und wird von Arbeitnehmern und Arbeitgebern jeweils zur Hälfte getragen. Nach den internen DRV-Projektionen soll er 2029 bereits 20 Prozent erreichen und anschließend weiter steigen. Für 2034 wird ein Satz von 20,9 Prozent erwartet, zwischen 2036 und 2040 sollen dauerhaft 21,1 Prozent erreicht werden.

Die Zahlen verändern die Größenordnung zwar nur geringfügig. Sie zeigen jedoch, dass die finanzielle Belastung schneller zunimmt als bisher angenommen. Damit rückt eine Entwicklung näher, die seit Jahren absehbar ist: Die Zahl der Rentempfänger wächst deutlich stärker als die Zahl der Beitragszahler.

Der demografische Wandel verändert die Finanzierungsbasis

Die Rentenversicherung arbeitet nach dem Umlageprinzip. Die laufenden Beiträge der Beschäftigten finanzieren die laufenden Rentenzahlungen. Dieses System reagiert unmittelbar auf Veränderungen der Bevölkerungsstruktur.

Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand verschiebt sich das Verhältnis zwischen Einzahlern und Leistungsempfängern. Die Rentenversicherung muss deshalb entweder höhere Einnahmen erzielen oder zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt erhalten.

Die steigenden Beitragssätze sind insofern keine politische Entscheidung im engeren Sinn. Sie spiegeln die

demografischen Rahmenbedingungen wider, unter denen das System künftig arbeiten muss.

Die Kürzung des Bundeszuschusses verschärft den Anpassungsdruck

Zusätzliche Brisanz erhält die Entwicklung durch die Haushaltspläne des Bundesfinanzministeriums. Nach den bisherigen Überlegungen sollen die Zuschüsse des Bundes an die Rentenversicherung um vier Milliarden Euro reduziert werden.

Diese Mittel finanzieren sogenannte versicherungsfremde Leistungen. Dazu gehören etwa Kindererziehungszeiten oder Teile der Mütterrente. Aus ordnungspolitischer Sicht gelten solche Leistungen als gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die grundsätzlich aus Steuermitteln finanziert werden sollten.

Fällt ein Teil dieser Finanzierung weg, entsteht innerhalb der Rentenversicherung zusätzlicher Finanzierungsbedarf. Die Belastung verschiebt sich dann von den Steuerzahlern zu den Beitragszahlern. Die Kritik der Rentenversicherung richtet sich deshalb weniger gegen die Höhe der Kürzung als gegen die Verlagerung der Finanzierungslast.

Die Debatte reicht weit über die Rentenkasse hinaus

Die Rentenversicherung steht mit ihren Finanzierungsproblemen nicht allein. Auch Kranken- und Pflegeversicherung verzeichnen steigende Ausgaben. Der Sachverständigenrat hat deshalb vor einer deutlichen Zunahme der gesamten Sozialabgaben gewarnt.

Der Gesamtsozialbeitrag liegt derzeit bei rund 42 Prozent des Bruttoeinkommens. Ohne strukturelle Reformen könnte er bis 2040 in die Nähe von 50 Prozent steigen. Für Unternehmen bedeutet das höhere Arbeitskosten, für Beschäftigte sinkt der Anteil des Einkommens, der nach Abgaben verfügbar bleibt.

Damit entwickelt sich die Rentendebatte zunehmend zu einer Diskussion über die Finanzierung des Sozialstaats insgesamt. Die Frage ist nicht allein, wie Renten künftig bezahlt werden. Entscheidend wird, in welchem Verhältnis Beiträge, Steuern und Leistungen künftig stehen sollen.

Zwischen Bundeshaushalt und Beitragszahlern werden die Spielräume kleiner

Die höheren Beitragssätze markieren keine überraschende Wendung, sondern den Beginn einer längeren Anpassungsphase. Mit jedem zusätzlichen Rentnerjahrgang wächst der Finanzierungsbedarf des Systems, während gleichzeitig die Spielräume des Bundeshaushalts enger werden. Die Kürzung der Bundesmittel macht diesen Zielkonflikt sichtbar.

Die Diskussion über einige Zehntelprozentpunkte beim Beitragssatz verdeckt deshalb die eigentliche Entwicklung. Die Rentenversicherung reagiert auf eine demografische Verschiebung, die seit Jahren bekannt ist und nun zunehmend finanzielle Wirkung entfaltet.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950128/rentenbeitraege-steigen-schneller-demografie-finanzierungsdruck/>